



DER OBERBÜRGERMEISTER
DER STADT U L M
-Wirtschaftsamt-

Ulm, den 30. September 1947.

An das
Landeswirtschaftsamt
Referat: Statistik
Stuttgart
Postfach 440

Betr.: Wirtschaftlicher Lagebericht.
Bezug: Runderlass Nr. 206/46 vom 20. September 1946
G3 ZB 100/125.

Über die wirtschaftliche Lage im Stadtkreis Ulm wird auf Ende September 1947 folgender Bericht erstattet:

In der Spinnstoffwaren-Versorgung zeigt sich mehr und mehr, dass die zugewiesenen Mengen kaum mehr zur Deckung der dringendsten Notstände ausreichen. Verarmung und Verelendung werden bald sichtbarere Formen annehmen. Grossbekleidung, Bettwäsche und Arbeitsanzüge sind immer wieder die besonderen Sorgenkinder. Die hohen Punktzahlen, die für diese Stücke benötigt werden, fressen fast das ganze Punktlimit. Über die kalte Jahreszeit wäre es dringend erforderlich, einen höheren Punktbetrag zur Verfügung zu haben. Im Sommer kann der Verbraucher ohne Hut, ohne Unterhose, ohne Strümpfe, ohne lange Hose etc. auskommen, ohne gesundheitliche Schäden davonzutragen, im Winter geht dies aber beim besten Willen nicht mehr. Die Leute werden allmählich ausserordentlich verärgert und verärgert. Die Tätigkeit des Wirtschaftsamts bzw. seiner Ausgabestellen ist nicht mehr zu beneiden: der ganze seelische und moralische Druck, der auf so vielen Menschen heute lastet, platzt zu oft bei dem Bescheid: "Antrag muss abgelehnt werden." Was dem einen zugebilligt, verärgert so und so viele andere und doch muss die Mehrzahl leer ausgehen. Bewirtschaften ist heute eine schwierige Aufgabe und bei der vielfachen Verständnislosigkeit des Publikums eine höchst undankbare Sache. Wenn zu alledem noch am Platze verhältnismässig grosse Warenbestände vorhanden sind und nur ein Bruchteil hiervon an Bezugsrechten zur Ausgabe gelangen darf, sind der Kritik und Unzufriedenheit Tür und Tor geöffnet. Mit Rücksicht auf diese Lage bitten wir dringend um eine Erhöhung des Punktlimits. Obwohl Sie bereits eingegriffen haben, möchten wir eindringlich darauf hinweisen, dass kein Wirtschaftsamt dazu übergehen darf, die Punktmarken abzustempeln und den Handel direkt oder indirekt aufzufordern, nur abgestempelte Marken anzunehmen. Es ist einfach beschämend, wenn ein Verbraucher kommt und erklärt, sein Bezugsrecht wird in Güppingen nicht angenommen. Wenn die Marken Freizügigkeit erlauben, darf ein einzelnes Wirtschaftsamt keine Kirchtumpolitik betreiben. Im Berichtsmonat mussten weitere alte und nicht eingelöste Bezugscheine umgetauscht werden. Im Juli/August waren es 13 501, im September 2 483, zusammen 15 984 Punkte. Seinerzeit nicht gekauft werden konnten in der Hauptsache Arbeitsanzüge (106), Regenmäntel (47) und Damenstrümpfe (40). Auf den unerträglich werdenden Mangel an Näh- und Stopfgarnen möchten wir bei dieser Gelegenheit erneut hinweisen.

-2-

Die industrielle Erzeugung hat im Berichtsmonat die erste Abschwächung erfahren. Die meisten Betriebe arbeiteten in der ersten Hälfte des Monats normal mit einer durchschnittlich 40-45 stündigen Arbeitszeit pro Woche; in der zweiten Hälfte des Monats mussten die ersten Einschränkungen durch Stromrationierung beobachtet werden. Fach- und Hilfskräfte werden immer noch gesucht. Rohstofflage grösstenteils verschärft. Bezüglich der Kompensationen müsste endlich eine klare Rechtslage geschaffen werden. Die Unsicherheit lähmt den ehrlichen Unternehmer in seiner Initiative; es treten Fälle ein, wo niemand richtig weiss ob statthaft oder grauer Markt oder schwarzer Markt. Das Ganze kommt zusehends ins Schwimmen. Das Problem der Deputate und Eigenentnahmen drängt unseres Erachtens ebenfalls zu einer Lösung. Nicht nur, dass hierdurch beträchtliche Mengen der Allgemeinheit und insbesondere dem kleinen Mann, der keine Beziehungen hat, verloren gehen, sondern der schwarze Markt erhält durch sie seinen Hauptantrieb. Der schwarze und graue Markt untergräbt jede Moral und hat in jeder Hinsicht äusserst bedenkliche Folgen.

Zur Brennmaterialversorgung der Krankenanstalten Ulms.

Veranlasst durch die katastrophale Lage der Kohlenversorgung die durch die Veröffentlichungen in der Presse und durch die Beratungen an allen öffentlichen, staatlichen und städtischen verantwortlichen Stellen zur Allgemeinsorge für den bevorstehenden Winter geworden ist, erachten wir es als unsere Pflicht, das Landeswirtschaftsamt in Stuttgart darauf aufmerksam zu machen, dass die Anlieferung von Kohle zur Aufrechterhaltung des Betriebs der städt. Krankenanstalten Ulms bereits jetzt Schwierigkeiten begegnet, die sich in den kommenden Wintermonaten zur Katastrophe auswirken werden, falls keine Änderung eintritt.

Während im Sommer 1946 um diese Zeit bereits etwa 85 % des Winter-Gesamtbedarfs für die städt. Krankenanstalten als Wintervorrat angeliefert waren, liegt heute der Prozentsatz bei 15 %, eine Menge, die durch den täglichen Verbrauch bald aufgebraucht sein wird. Wie unter diesen Verhältnissen nur die allernötigste Bevorratung erfolgen soll und wie sich der Betrieb im Winter gestalten soll, mag er hart sein wie der letzte in dem einzelne Krankenabteilungen nur stundenweise beheizt werden konnten oder weniger hart sein, bleibt allen beteiligten Stellen ein Rätsel. Wir machen deshalb das Landeswirtschaftsamt auf diese aussichtslose Lage aufmerksam und bitten dahin zu wirken, dass unbedingt von jetzt ab eine bevorzugte Anlieferung zur Bevorratung für den Winter vorgenommen wird.

Zur Versorgung der gewerblichen Kleinbetriebe müssen wir sagen, dass für eine Stadt mit 65 000 Einwohnern eine monatliche Zuteilung von 700 Tonnen für diese Gruppe der Kleinverbraucher nicht ausreicht, um nur den reinen Sommerbedarf zu decken. Es war nicht möglich, nur den laufenden Bedarf der ernährungs- und lebenswichtigen Verbrauchsstellen zuteilen zu können. Das Wirtschaftsamt musste bereits Kohlenmengen, die für die Haushaltversorgung bestimmt waren, an Bäckereien und Gaststätten zusprechen, um diese Betriebe aufrecht zu erhalten. Gewerbe, Handel und Kleinbetriebe besitzen keinerlei Brennmaterial, obwohl die Heizperiode in wenigen Wochen beginnt. Wir bitten mit allem Ernst und Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die Zuteilungen in den kommenden Monaten erhöht werden. Wenn dies nicht erfolgen sollte, wird das ganze Ulmer Wirtschaftsleben stillliegen. An die Ulmer Haushaltungen wurden bis jetzt durchschnittlich 5 Ztr. Briketts ausgegeben. Zuweisungen für weitere 3 Ztr. Briketts je Haushalt sind durch das Landeswirtschaftsamt erfolgt, jedoch liegt auch hier die Anlieferung sehr im Rückstand. Mit der Ausgabe an die Bevölkerung kann daher nicht vor November begonnen werden und erst im Januar wird vermutlich der letzte Haushalt seine Berücksichtigung finden.

Entwurf

Aktenzeichen Ri/VIII - 47

Herrn
Oberbürgermeister.

Betr.: Bericht über die Lage in der gewerblichen Wirtschaft
Berichtsmonat S e p t e m b e r 1947.

Allgemeine Übersicht.

Die im letzten Monat ausgesprochene Vermutung, dass die Produktion im Juli und August ihren Höchststand erreicht habe, scheint sich leider zu bewahrheiten. Gegenüber August ist ein Absinken des Gesamtproduktionswertes festzustellen.

Die Gründe dafür liegen in der weiterhin ungünstigen Rohstoff- und Kohleversorgung und werden durch die Stromkontingentierung verstärkt. Wie weit sich der Versuch, die Industrie unterschiedlich mit Strom zu versorgen, auf die Erzeugung auswirken wird, muss sich erst noch ergeben. Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen wird ~~zum~~ immer schwieriger. Absolut unzureichend ist sie hinsichtlich Energie und Kohle.

Dass eine Winterbevorratung nicht erfolgen konnte, gibt auf einigen Gebieten Anlass zu Befürchtungen, dass die Betriebe ganz oder teilweise im kommenden Winter schliessen müssen. Die Transport Schwierigkeiten bestehen weiterhin verschärft durch die Erntebewerksaktion. Eine Milderung kann nur erreicht werden, wenn die Umlaufsdauer herabgedrückt wird. Das bedeutet, dass auch samstags und sonntags die Wagen entladen werden müssen.

Die Arbeitskräftebeschaffung ist eine weitere Sorge. Nicht nur das Fehlen der Arbeitskleidung, mehr noch die allgemeine Erschöpfung der Arbeiter infolge der völlig ungenügenden Ernährung lassen die Durchschnittsarbeitsleistung sinken. Deshalb wandern Arbeitskräfte in andere Berufsgruppen ab, in denen das Punkt- oder Deputationssystem eingeführt ist. Die Frage der Kontingente und Deputate für die Arbeiter ist genau so heftig umstritten, wie die Kompensation. Während der eine Teil der Ansicht ist, dass nur durch grosszügige Gewährung beider Aushilfen die Industrie überhaupt weiter arbeiten kann, behauptet die Gegenseite, dass durch den Eigenverbrauch der Industrie allzuviel lebensnotwendige Güter dem regulären Verkehr verloren gehen und den schwarzen Markt speisen und fordert eine völlige Erfassung und scharfe Kontrolle. Beide Parteien aber bedauern das Fehlen einheitlicher und klarer Richtlinien.

Nach den Berichten des Textil-Einzelhandels scheint sich das neue Verfahren in der Spinnstoffwarenversorgung zu bewähren. Doch werden mit Berechtigung seitens des Textil-Einzelhandels Klagen darüber laut, dass zu wenig Punktmarken um Umlauf wurde. Grund: Die Ausstellung von Bezugsrechten für Verbraucher wurde auf drei Punkte pro Kopf der Bevölkerung im Quartal limitiert. Es war deshalb nicht möglich, dass viele Geschäfte die Abdeckung ihrer Debetsalden bis zum 30. September 1947 vornehmen konnten. Auch die Punkte der Textilkarten und der Spinnstoffwarenabschnitte dürften diese Absatzschwierigkeit nicht beseitigen. Die Zahl der Härtefälle, für die ein Punktausgleich vorgesehen war, ist grösser als ursprünglich angenommen wurde.

In regelmäßigen Abständen muss die Stadt einen Lagebericht über die wirtschaftliche Situation an das Landeswirtschaftsamt in Stuttgart abliefern. Der Bericht von 1947 zeigt sehr gut das Spektrum der Mangelwirtschaft. Auch die Stadt Ulm selbst lässt regelmäßig Statistiken und Prioritätenlisten zur Erfassung und Verwaltung des Mangels erstellen (StA Ulm, B 774/03 Nr. 11).